

KALIBERGBAU IM WERRATAL

SOLIDARITÄT IM KAMPF UM 4.400 ARBEITSPLÄTZE

Eine Woche, nachdem rund 12.000 Menschen für den Erhalt der Kaliindustrie im Werratal demonstriert haben, hat der Landtag auf Antrag der SPD über die Zukunft des Bergbaus in der Grenzregion Hessen-Thüringen debattiert.

„Die Kalikumpel haben zu recht auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. Diese Sorgen teilt die ganze Region. Der Kalibergbau ist unmittelbar die Existenzgrundlage für viele tausend Familien. Und mittelbar ist er das wirtschaftliche Rückgrat einer ganzen Region“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Die Kurzarbeit in den vergangenen Monaten sei ein hoch dramatisches Warnsignal.

Die schwierige Situation heute sei auch eine politische Altlast der CDU-Umweltminister seit 1999, die der Zuspitzung lange nur zugehört hätten. Das Unternehmen



MENSCHENKETTE IM WERRATAL. THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND VIELE ANDERE SOZIALDEMOKRATEN SOLIDARISIEREN SICH MIT DEN BESCHÄFTIGTEN DER KALIINDUSTRIE.

benötige dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Die zu schaffen, sei die Aufgabe der Landesregierung.

Auch bei der Kaliproduktion gelte es, die Ansprüche von Arbeit



FOTOS: CHRISTOPH GEHRING

und Umwelt miteinander zu vereinbaren. Den Schaden für das hinhaltende Vorgehen in der Vergangenheit dürften jetzt aber nicht die 4.400 Beschäftigten des Werks Werra und ihre Familien haben.

HISTORISCHER TIEFSTAND BEI INVESTITIONEN

In der ersten Lesung zum Haushalt 2017 hat der SPD-Finanzpolitiker **Norbert Schmitt** heftige Kritik daran geübt, dass die schwarz-grüne Koalition trotz beachtlicher Mehreinnahmen die Investitionen austrockne. „Im Vergleich zur Vorgängerregierung hat Hessen 4,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, trotzdem sollen die Investitionsausgaben um wei-



tere rund 150 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro abgesenkt werden.“

Schmitt kritisierte in der Debatte insbesondere folgende Punkte:

- Der Sanierungsstau bei den Straßen in Hessen betrage über vier Milliarden Euro. CDU und Grüne wollten lediglich sieben Millionen Euro mehr bereitstellen. Dies sei peinlich und lächerlich.

- In der Grundunterrichtsvorsorgung gebe es einen Stellenrückgang um 428 Stellen. Damit

verschlechtere sich das Schüler/Lehrer-Verhältnis.

- Trotz 65.000 fehlender Wohnungen wolle die Koalition 2017 nur 1380 Wohnungen fördern.

- Real gebe es gerade einmal 95 Polizeistellen mehr. Angesichts der Arbeitszeitverkürzung werde es weniger Polizei auf der Straße geben als heute.

Als Fazit sagte Schmitt: „Hessen lebt von der Substanz. Es muss mit den Investitionen endlich wieder bergauf gehen.“

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

LANDESSTIFTUNG UNTER DER LUPE

Die Abgeordnete **Ulrike Alex** hat der Landesregierung vorgeworfen, mit ihrer Stiftung „Miteinander in Hessen“ gegen das Stiftungsgesetz verstoßen zu haben. Das



Stiftungsvermögen sei nicht erhalten worden, sondern geschrumpft. „Im Jahr 2014 hat die Stiftung fast viermal so viel Geld für sich selbst ausgegeben wie für die Projekte, die sie eigentlich fördern soll. Diese Stiftung verbrennt hunderttausende Euro ohne nachhaltig zu wirken“, kritisierte sie.

LANDESREGIERUNG TÄUSCHT ÖFFENTLICHKEIT

Der wohnungsbaupolitische Sprecher **Michael Siebel** hat die Behauptung der Landesregierung widerlegt, sie fördere mit Landesmitteln den sozialen Wohnungsbau. „Im Haushalt finden sich 95,5 Millionen Euro, die ausschließlich aus Bundesmitteln stammen. Wenn jemand zu loben ist, dann ist es Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks für eine große Kraftanstrengung.“



JAGDVERORDNUNG OFFENBART ARROGANZ

Bei der Jagdverordnung hat der forstpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Heinz Lotz**, die Landesregierung dafür kritisiert, dass die Verordnung gegen den Grundsatz des Parlamentsvorbe-



FOTO-MONTAGE: GERT-UJWE MENDE

DIE LANDESSTIFTUNG „MITEINANDER IN HESSEN“ IST AUFGRUND IHRES FINANZGEBARENS IN DIE DISKUSSION GERATEN

halts verstoße. Von Anfang an habe die SPD gemahnt, dass die Jagdverordnung nicht ohne Beteiligung des Parlaments zustande kommen dürfe. Man brauche in Hessen endlich ein modernes Jagdrecht.



SCHWIMMUNTERRICHT FÜR JEDES SCHULKIND

Karin Hartmann sieht eine besorgniserregende Zunahme der Zahlen von Nichtschwimmern

und damit verbundenen tödlichen Badeunfällen. Eine aktuelle Umfrage habe leider erneut bestätigt, dass viele Kinder keine Chance hätten, im Rahmen des Schulsports schwimmen zu erlernen.



„Es darf nicht sein, dass das Erlernen des Schwimmens nicht mehr für alle Kinder im Rahmen des Schulunterrichts möglich ist und der Anspruch auf Schwimmunterricht für viele nur auf dem Papier steht“, sagte Hartmann.

KOALITION GEGEN GEBÜHRENFREIE KITAS

Den Vorschlag der SPD-Fraktion, Kitas in Hessen für Eltern schrittweise gebührenfrei zu machen, hat die schwarz-grüne Koalition abgelehnt. Gleichwohl zeigte sich **Gerhard Merz** zuversichtlich: „Die gebührenfreie Kinderbetreuung wird kommen. Die Ablehnung unseres Gesetzentwurfs ist nicht das Ende



der Debatte, sondern erst der Anfang. Schon bei Reform der Hessischen Verfassung werden die Regierungsfractionen sich zu unserem Vorschlag, die Gebührenfreiheit für die frühkindliche Bildung in der Verfassung zu verankern, verhalten müssen.“ Die Gebührenfreiheit sei ein Gebot der Gerechtigkeit. Kitas müssten als Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universtääten gebührenfrei sein.

GUTE VERSORGUNG IM FOKUS

Eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und die Stärkung der Rechtsstellung psychisch Kranker erwartet die SPD vom neuen Psychisch-Krankengesetz. „Wir benötigen zeitgemäße Vorgaben für eine moderne Prävention, Früherkennung und geeignete Versorgungsstrukturen, um dem Leiden der Betroffenen so wirksam wie möglich zu begegnen“, sagte **Dr. Daniela Sommer**.



Dabei gebe es noch Änderungsbedarf, um dem Grundsatz zu entsprechen, dass Hilfen Vorrang vor Zwang haben.

Großen Änderungsbedarf sieht Daniela Sommer auch beim Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen. „Es wird endlich Zeit, dass sich die Landesregierung vom Tenor des bislang geltenden Gesetzes trennt, wonach ältere und pflegebedürftige Menschen vor Pflegekräften geschützt werden müssen.“ Notwendig sei mehr Differenzierung von Wohn- und Einrichtungsformen, um passgenaue Regelungen zu ermöglichen. Weiter bestehe Änderungsbedarf z.B. bei der Personalbemessung und der Stärkung der persönlichen Rechte.



FOTO: PETER JÜLICH

EIN HÖHEPUNKT DER PLENARWOCHE WAR DIE VERLEIHUNG DES GEORG-AUGUST-ZINN-PREISES AN IRIS BERBEN (MITTE), HIER MIT SUSANNE SELBERT, NANCY FAESER, THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND GÜNTER RUDOLPH IM HOF DES HESSISCHEN LANDTAGS.

KLARE HALTUNG GEGEN ANTISEMITISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Die SPD hat die Schauspielerin Iris Berben mit dem Georg-August-Zinn-Preis geehrt. Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte die starke und unmissverständliche Haltung von Iris Berben gegen Rechts extremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. „Iris Berben widersetzt sich allem, was unsere offene, liberale Gesellschaft angreift. Sie ist ein Vorbild.“ Sie stehe für den Anspruch Zinns, wonach Demokratie nicht nur eine Gesellschaftsform,

sondern auch eine Lebensform sei. Die Laudatio auf Iris Berben hielt die Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises Kassel, Susanne Selbert. Sie würdigte, dass die Schauspielerin es sich zur Aufgabe gemacht habe, gefährliche Entwicklungen nicht einfach zu akzeptieren, sondern ihnen lautstark etwas entgegenzusetzen und dem Hass entgegenzuwirken. „Die Jury hat also eine tolle Wahl getroffen, ganz im Sinne und der Tradition von Georg-August Zinn.“

CETA MIT KANADA HART VERHANDELN

In der Debatte über das europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA hat der SPD-Abgeordnete **Stephan Grüger** harte Verhandlungen mit Kanada im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert. „Wer internationalen Handel gestalten will, muss



verhandeln“, sagte Grüger. „Es hat bereits Erfolge bei der Nachverhandlung gegeben, da wäre es ein falsches und verzagtes Signal, jetzt die Flinte ins Korn zu werfen.“ Grüger nannte als Beispiele, die Herausnahme der kommunalen Daseinsvorsorge aus Privatisierungsvorgaben und die öffentlich-rechtliche Gestaltung des vorgesehenen Handelsgerichtshofes.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Christoph Gehring
Gerfried Zluga-Buck
Martina Häusl-David

SCHULJAHRESBEGINN IN HESSEN

ES FEHLEN KÖPFE UND KONZEPTE

Anlässlich der routinemäßigen Regierungserklärung des Kultusministers zum Schuljahresbeginn hat der Landtag den Stand der Bildungspolitik in Hessen debattiert. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Christoph Degen** entgegnete: „Keine Idee. Kein Konzept. Kein Plan für die Zukunft. Minister Lorz verwaltet mit großer Geste das große Nichts – und nennt das dennoch Bildungspolitik.“

Degen forderte Minister Lorz auf, den Lehrermangel zu beseitigen, der vor allem in den Grund-, Förder- und Berufsschulen des Landes

den Alltag bestimme. Auch für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen fehlten die erforderlichen Lehrerinnen und Lehrer.

„In ihrer nackten Not lässt die Landesregierung unsere Kinder inzwischen flächendeckend von Studentinnen und Studenten ohne 2. Staatsexamen oder gleich von Fachfremden unterrichten“, kritisierte der Bildungsexperte der SPD.

Er fordert die Landesregierung auch auf, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte im Land zu verbessern, um die Abwanderung in an-



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

dere Bundesländer zu stoppen, wo weniger Wochenstunden bei besserer Besoldung lockten.

Bei der Flüchtlingsbeschulung warf Degen dem Kultusminister „Durchwursteln“ vor: Vielen Kindern und Jugendlichen, die als Flüchtlinge nach Hessen gekommen seien, werde das Recht auf Bildung verwehrt.

SCHWARZ-GRÜNE ERLEICHTERUNG

Endlich, möchte man rufen, endlich widmet sich Schwarz-Grün tatsächlich einem im Wortsinn drängenden Problem. Endlich wird geplagten Bürgern Erleichterung verschafft. Wirtschafts-



minister Tarek Al-Wazir hat mit viel Tam-tam eine Änderung des Gaststättengesetzes eingebracht, die auch kleinsten Kneipen Gästetoiletten vorschreibt. „Früher wollten die Grünen die Welt retten - heute schützen sie Bäume und Hecken vor Wildpinklern. So ändern sich die Zeiten und die Ideale“, kommentierte Tobias Eckert den Gesetzentwurf.

FINANZÄMTER NICHT GESTÄRKT

Die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Steuerhinterziehung hat der SPD-Abgeordnete



Gerald Kummer gefordert. „Milde oder gar Verständnis für die Täter darf es hier nicht geben“, sagte er. Dem Finanzminister warf Kummer Augenwischerei vor. „Die Finanzverwaltung wird nicht wirksam gestärkt.“ In Relation zum Bruttoinlandsprodukt stehe die Steuerverwaltung in Hessen im Vergleich zu den anderen 15 Bundesländern bei der Personalausstattung auf dem vorletzten Platz. Zu mehr Steuergerechtigkeit gehöre auch der Kampf gegen Steuerschlupflöcher. Aber dazu lege die Landesregierung keine Initiativen vor. Kummer forderte die Landesregierung auf, endlich alles dafür zu tun, dass Steuergerechtigkeit gewährleistet werde.

BESSERE BERATUNG BEI KONFLIKT

Die Bedürfnisse aus der täglichen Praxis der Schwangerenkonfliktberatung sieht die SPD-Abgeordnete



Lisa Gnadt im Gesetzentwurf der Landesregierung für die hessische Ausgestaltung des Bundesrechts missachtet. „Schwarz-Grün ist es nicht daran gelegen, die Beratungsangebote für Schwangere im Konfliktfall substantiell zu verbessern. Die Landesregierung fördert gerade einmal das absolute Mindestmaß.“ Nötig sei zum Beispiel eine Vollzeitstelle auf 40.000 Einwohner, um auch im ländlichen Raum ein entsprechendes Angebot vorzuhalten. Schon jetzt müssten die Träger der Beratungsstellen teilweise mehr als ein Drittel der Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Beratungen selbst beisteuern, obwohl diese eine öffentliche Aufgabe sei.